

## Integrations- und familienfeindlich

ist die verabschiedete Änderung zum Zuwanderungsgesetz. Statt höhere Standards sicherzustellen, bringt das Gesetz eine Vielzahl integrationsfeindlicher Verschärfungen...

Seite 2

## Neuköllner Aktionsplan

„Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“- Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) formuliert Hauptziele und will lokale Akteure vernetzen.

Seite 3

## Bezirkshaushalt

Nachdem fast alle Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen ausgeschöpft sind, wird Neukölln diesmal keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können! Bürgerbeteiligung willkommen, Vorschläge erwünscht.

Seite 5

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 162, Juli 2007

## Vorstoß aus Neukölln:

# Wachschutz für Schulen

## Bezirksbürgermeister Buschkowsky will mehr Sicherheit

Wenn Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) zur Pressekonferenz ruft, dann sind erfahrungsgemäß Überraschungen zu erwarten, manchmal sogar mehr. So war es auch diesmal, und die Medien, besonders die Vertreter der schreibenden Zunft, waren zahlreich erschienen. Die Ankündigung hatte es schon in sich: Wachschützer für Neuköllner Schulen. Nach mehreren „Gewaltvorfällen“ an Schulen des Bezirks zog Buschkowsky die Reißleine: „Der Schritt ist unausweichlich. Wir können den Eltern sonst den Schutz und die Sicherheit ihrer Kinder nicht mehr garantieren.“



Der Leiter der Albert-Schweitzer Oberschule, Georg Krapp, berichtet auf der Pressekonferenz des Bezirksamtes von seinen Erfahrungen mit Gewalt durch „Schulfremde“ - Buschkowsky und Schimmang sind „im Bilde“.

Foto: jüb

Dieser Vorstoß Neuköllns, Schulen von Sicherheitsdiensten schützen zu lassen, steht derzeit wohl einzig da in der bundesdeutschen Schullandschaft. Das Bezirksamt Neukölln hatte zuvor beschlossen, Schulen, die das wünschen, einen privaten Sicherheitsdienst anzubieten, um eine Zugangskontrolle zu Schulgebäuden zu installieren. Denn in den letzten zwanzig Monaten, so der verantwortliche Schulstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD), hätte sich die Zahl der von außen in die Schulen hinein getragenen Gewaltvorfälle „signifikant erhöht“. In dieser Zeit ist durchschnittlich zweimal im Monat körperliche Gewalt gegen Schüler und Lehrer ausgeübt worden. Die Täter waren „Schulfremde“.

### Der Bezirk muss reagieren

So etwas wie Hausrecht werde einfach nicht mehr akzeptiert. Und die sprichwörtliche „Banalität“, dass alle Eltern davon ausgehen könnten, ihre Kinder

nach Schulschluss unversehrt wieder „zurück zu erhalten“, könne der Bezirk als verantwortlicher Schulträger nicht mehr garantieren. Darauf, so Bezirksbürgermeister Buschkowsky, müsse der Bezirk nun reagieren.

### Wer will Hilfe?

Im Vorfeld des Bezirksamtsbeschlusses seien 70 Schulleiter befragt worden: „Wer möchte möglicherweise einen privaten Sicherheitsdienst haben?“ Die Ergebnisse, so Schulstadtrat Schimmang, ließen aufhorchen. Von den 39 Neuköllner Grundschulen hätten vier um Hilfe durch Wachdienste gebeten. Von insgesamt 24 Oberschulen wären 70 Prozent an einem Angebot des Bezirksamtes, Sicherheit durch private Wachdienste „einzukaufen“, interessiert. Übrigens: Der Bezirkselternausschuss (BEA), die Gesamteltervertretung aller Neuköllner Schulen, hatte einstimmig für das Angebot des Bezirks votiert.

Kritikern aus der Senatsverwaltung warf Schimmang Doppelzüngigkeit vor. Man könne nicht erst den Schulen Autonomie einräumen und sich dann wundern, wenn die Schulen diese auch wahrnahmen.

### Alternativen

Der Schulleiter der Albert-Schweitzer-Oberschule, Georg Krapp, der von den Bezirkspolitikern mit zu Hilfe gerufen wurde, und dessen Gymnasium selbst mit „eindringender Gewalt“ Bekanntheit machte, erinnerte daran, „dass jedes größere Bürohaus einen Pförtner oder einen Sicherheitsdienst im Foyer“ hat. Für eine Schule, wenn sie in einem Brennpunkt wie Neukölln liegt, sei deshalb ein Wachdienst keine besondere Forderung. Natürlich sei eine zentrale Schließanlage mit Chip-Karte für alle Schüler eine bessere Lösung. „Solange das nicht finanzierbar ist, brauchen wir einen Wachschutz,“ reagierte Krapp auf Fragen der Journalisten. Und die Polizei? Sie ist überfordert und kann den geforderten Schutz nicht leisten.

### Grüne uneins

Neuköllns Grüne sind gespalten, wie viele andere auch. Ein BVV-Antrag der Linken, das Angebot des Bezirksamtes auf Wachschutz zurück zu nehmen, lehnten einige grüne Verordnete ab. Auch in der grünen Bezirksgruppe gab es unterschiedliche Meinungen hierzu. Die Diskussion geht weiter.

jüb

## Verspätete Einsicht

In seiner letzten Ausgabe berichtete der Neuköllner Stachel unter der Überschrift „Tempelhof soll in Rente gehen“ über einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag im Deutschen Bundestag zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof. Diesen Gruppenantrag hatte auch die grüne Bundestagsabgeordnete Margareta Wolf mit unterschrieben. Der Artikel setzte sich kritisch mit dieser „Unterschrift“ auseinander. In einer Stellungnahme präzisierte Margareta Wolf ihre Meinung zu diesem Thema und rückte auch nicht von ihr ab.

Nach Erscheinen des Neuköllner Stachels erreichte den Stachel-Redakteur eine Nachricht der bündnisgrünen Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Renate Künast, wonach die Abgeordnete Wolf ihre Unterschrift unter besagten Gruppenantrag zurück gezogen hätte. Ob die Stachel(ige)-Kritik diesen Meinungswechsel mit bewirkt hat, ist nicht einmal so wichtig, wie die Tatsache selbst. Die Einsicht kam leicht verspätet, freut uns aber dennoch.

jüb

## Neuköllns schöne Seiten

# Werkstatt der Kulturen

## Wie eine alte Brauerei in Neukölln zu neuem Leben erweckt wurde



Foto: jüb

Neukölln 1986: Schon zehn Jahre lang stand das frühere Verwaltungsgebäude der Löwen-Böhmisch Brauerei in der Wissmannstraße leer.

Da plante die damalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John, ein „Internationales Kultur- und Begegnungszentrum für Deutsche und Ausländer“ auf dem Areal.

Der Senat hatte den Anspruch, „überregional auszustrahlen“ und „Hochkultur“ zu präsentieren, denn 750-Jahrfeier und 1988, das Jahr, in dem Berlin vom Europa-Rat als „Kulturhauptstadt Europas“ auf Athen und Florenz folgen sollte, warteten mit reichgefüllten Subventionstöpfen.

Dazu hatte sich Frau John einen zehnköpfigen Trägerverein auserkoren, bestehend aus fünf deutschen und fünf ausländischen Organisationen.

Der Bezirk Neukölln wurde (und wird noch heute) vertreten durch den Verein der Freunde Neuköllns. Dass keine der fachlich zuständigen Bezirksverwaltungen wie Kultur und Volksbildung oder der Jugendstadtrat des Bezirks gehört wurden, gehörte damals zu den Ungereimtheiten Johnscher Planung und wurde auch heftig von der Alternativen Liste Neukölln (heute Bündnis 90/Die Grünen Neukölln) kritisiert.

Es sollte noch einige Zeit dauern, bis der Verein „Brauerei Wissmannstraße“ seinem damals schon erklärten Ziel Verständigung zwischen den Kulturen in Berlin und Abbau von sozialer

Ausgrenzung ethnisch-kultureller Minderheiten näher kommen konnte.

Im Oktober 1993 wurde die **Werkstatt der Kulturen** in der Neuköllner Wissmannstraße eröffnet.

Geplant noch zu Zeiten der Teilung Berlins und gegründet nach der Wende, stellt sich die Werkstatt der Kulturen immer wieder den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Herausforderungen: Von der Integration der sog. ‘Gastarbeiter’ bis hin zu Herausforderungen durch eine Generation von Menschen mit Migrationshintergrund, die mehrheitlich in Berlin geboren oder aufgewachsen sind. Aber auch Herausforderungen, die von der Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit bis hin zu den globalisierten Strukturen und der damit verbundenen Entwicklung Berlins zu einer Stadt mit kosmopolitischem und weltstädtischem Anspruch reichen.

Seit nun schon mehr als einem Jahrzehnt antwortet die Werkstatt der Kulturen auf diese Herausforderungen mit dem Projekt, das Zusammentreffen und Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu prägen und zu fördern, durch die Organisation eines kulturellen Austauschs zwischen ihnen auf unterschiedlichen Ebenen. Und dies alles in Neukölln, einem Ort, an dem Menschen aus über 160 Nationen leben und arbeiten.

Auch das gehört zu Neuköllns schönen Seiten.

jüb

## Berlins großer Bio Discount

Bio-Markenprodukte  
Abholmarkt  
Dauermiedrigpreise  
Fachberatung  
Ideal für den großen Bedarf



BIG BIO DISCOUNT  
natürlich intelligent einkaufen



Bergiusstr. 36 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) · 12057 Berlin  
Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Telefon 030/68 05 66 61 · www.big-bio.net

## Ristorante - Pizzeria

hausgemachte Nudeln  
selbst importierte Weine  
Steinofenpizza  
Fischspezialitäten

Erkstr. 10 - 12043 Berlin  
Tel.: 030 / 68 08 79 46



Michael Cramer, Mitglied des  
Europa-Parlaments:

## Bericht aus Brüssel



## Rückschritt auf der ganzen Linie

Die Mehrheit des Verkehrsausschusses im europäischen Parlament hat kürzlich in der EU-Verkehrspolitik den Rückwärtsgang eingelegt und Rückschritte in vielen Bereichen unterstützt. Der Verkehr ist verantwortlich für fast 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen, in den Städten sogar für 40 Prozent. Seit 1990 hat sich sein Ausstoß um 25 Prozent erhöht, im Flugverkehr sogar verdoppelt. Anstatt diese alarmierenden Zahlen zum Anlass zu nehmen, die bisherige Verkehrspolitik auf den Prüfstand zu stellen, favorisiert der Ausschuss ein „Weiter so“. Das ist keine Strategie gegen den Klimawandel, und so können die Kyoto-Ziele nicht erreicht werden.

Eine unheilige Allianz von vermeintlich Fortschrittsgläubigen im Stile der 60er Jahre agierend und VertreterInnen der neuen Mitgliedsstaaten, die im extensiven Straßenbau die alleinige Lösung von Verkehrsproblemen sehen, haben viele positive Zielsetzungen der EU in den Sand gesetzt. Ein Vorschlag der Kommission zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene wurde stark abgeschwächt. Nicht zuletzt deshalb, weil die Güterverkehrslobby massiv interveniert hat. Dabei bietet die aktuelle Diskussion über den Klimawandel genug Anlass, drastische Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Straßengütertransits einzuführen. Dagegen fällt der Vorschlag der Berichterstatterin für den EU-Verkehrsausschuss teilweise sogar noch hinter die wenig ambitionierten Zielsetzungen der Kommission und des Rates zurück; eine traurige Entwicklung, angesichts der aktuellen Schadstoffbelastung, des permanenten Verlustes an Lebensqualität und des Dauerstaus auf Europas Straßen. Und keine günstige Perspektive für Ballungsräume wie Berlin...

## Nach Änderungen im Zuwanderungsgesetz:

# Integrationsfeindlich trotz neuer Bleiberechtsregelung

Am 14. Juni hat die große Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei, FDP sowie einigen sozialdemokratischen Abgeordneten umfassende Änderungen am Zuwanderungsgesetz beschlossen. Auch der Bundesrat hat inzwischen zugestimmt.

Das verabschiedete Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz sollte endlich die ausstehende Umsetzung europäischer Regelungen zum Flüchtlingsschutz in Angriff nehmen. Doch statt hier konsequent höhere Standards sicherzustellen, bringt das Gesetz eine Vielzahl integrationsfeindlicher Verschärfungen.

Die vorgesehene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Migrantinnen und Migranten ist ein wichtiger Schritt, bleibt aber ungenügend. Von den im Gesetz enthaltenen Verschärfungen seien einige im Folgenden herausgegriffen:

### Einbürgerung

Menschen unter 23 Jahren können sich bisher auch einbürgern lassen, ohne den Nachweis zu erbringen, dass sie ihren Unterhalt selbst bestreiten können. Diese Möglichkeit soll es künftig nicht mehr geben. Dann müssen junge Erwachsene möglicherweise ihren Ausbildungs- oder Studienplatz aufgeben und arbeiten gehen, um sich einbürgern zu lassen. Integration sieht anders aus.

### Nachzug von Ehegatten

Auch hier sieht die Gesetzesänderung Verschärfungen vor: Künftig müssen nachzugswillige Ehegatten bereits vor der Einreise nach Deutschland Deutschkenntnisse erwerben und nachweisen. Häufig werden Deutschkurse im Ausland aber nicht erreichbar, geschweige denn finanzierbar sein. Offen bleibt, wie dies mit dem grundrechtlich garantierten Schutz von Ehe und Familie zu vereinbaren ist. Ebenso unklar ist, wie solche Anforderungen Zwangsehen verhindern und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nachziehender Ehegatten stärken sollen - eine Wirkung, die von Befürwortern der Regelung behauptet wird. Klare aufenthaltsrechtliche Regelungen, nach denen Ehegatten frühzeitig ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten, wären hier sicher wirkungsvoller.

### Bleiberechtsregelung

Die im Gesetz enthaltene Bleiberechtsregelung ist ein wichtiger Schritt: Sie bietet einigen der knapp 200.000 bereits seit Jahren mit einer Duldung in

nischen Werkes Berlin-Brandenburg mit einer Kontaktstelle Informationen. (siehe Kasten und unter [www.arbeitsplatzkampagne.de](http://www.arbeitsplatzkampagne.de)).

Dennoch bleibt die getroffene Bleiberechtsregelung ungenügend: Die beschlossene Stichtagsregelung schafft das Problem der wiederholten Erteilung von Duldungen

(Kettenduldungen) – bei Ausschluss von Arbeit und Ausbildung – nicht ab. Die Regelung ist inhuman für alte, kranke und Menschen mit einer Behinderung, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, dies

nach der Regelung aber müssen. Schließlich ist das vorgesehene eigenständige Aufenthaltsrecht für Kinder und Jugendliche zwar grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig stellt es aber eine besondere Härte für Kinder oder Jugendliche dar, in dem Land, in dem sie groß geworden sind, bleiben zu dürfen - während ihre Eltern gegebenenfalls zur Ausreise verpflichtet bleiben.

In der Summe bringt das verabschiedete Gesetz viele Verschlechterungen für hier lebende Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Es setzt auf Abschottung statt auf Integration. Nötig wären stattdessen wirkliche Chancengleichheit und das Recht auf gleiche Teilhabe, unabhängig vom Aufenthaltsstatus!

Katrin Falk



Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen und sieht einen Zugang zum Arbeitsmarkt vor. Grundlegende Voraussetzung ist für Familien ein mindestens sechsjähriger, für Alleinstehende ein mindestens achtjähriger Aufenthalt im Bundesgebiet. Die Aufenthaltserlaubnis wird zunächst bis zum 31.12.2009 erteilt. Zur Verlängerung müssen Betroffene ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern. Für sie, die nun hochmotiviert, aber unter großem emotionalen und zeitlichen Druck dringend Arbeit suchen, und für potentielle Arbeitgeber, bietet die Arbeitsplatzkampagne der evangelischen Kirche und des Diako-

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der neuen Bleiberechtsregelung wird an den Nachweis eines Arbeitsplatzes gekoppelt.

Deshalb:

Hochmotivierte potentielle Mitarbeiter suchen insbesondere Arbeitsplätze in den Bereichen Gebäudereinigung, Landschafts- und Gartenpflege, Gastronomie oder zur Hilfe am Bau.

Der evangelische Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf hat eine Kontaktstelle zum Informationsaustausch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingerichtet:

Telefon: 030 80 90 82 42 dienstags und donnerstags von 14 bis 18 Uhr.

E-Mail: [kontakt@arbeitsplatzkampagne.de](mailto:kontakt@arbeitsplatzkampagne.de)

Weitere Informationen unter [www.arbeitsplatzkampagne.de](http://www.arbeitsplatzkampagne.de)

## Berlin - sicher - mobil

### Konzept „Vision Zero“ für weniger Verkehrstote

Erstmals seit sechs Jahren ist in Berlin die Zahl der Verkehrstoten wieder gestiegen. Das Ziel des Verkehrssicherheitsprogrammes Berlin-sicher-mobil, die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle schrittweise zu senken, wurde damit leider verfehlt. Das Land Berlin hat bisher einiges für die Verkehrssicherheit getan. Auf Bundes- und EU-Ebene wurde immer wieder die Nachrüstung von LKW mit Spiegeln

angemahnt, um den „toten Winkel“ zu verkleinern. Die Stadt ist außerdem Mitglied der Europäischen Straßenverkehrs-Charta. Das ist ein Bündnis von Kommunen, Wirtschaftsunternehmen und Verbänden, die die EU dabei unterstützen wollen, die Zahl schwerer und tödlicher Unfälle europaweit bis 2010 um 50 Prozent zu senken. Auf Deutschlands Straßen sterben jährlich rund 5000 Menschen, davon 40 Prozent Fahrradfahrer und Fußgänger. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordert deshalb das Konzept „Vision Zero“, mit dem die Zahl der Verkehrstoten auf Null reduziert werden soll. Es ist konsequent am §1 Absatz 1 der Straßenverkehrsordnung orientiert: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht“. Schweden und die Schweiz haben die „Vision Zero“ mit unterschiedlichem Erfolg bereits zum nationalen Verkehrssicherheitsprogramm gemacht. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, können Straßen umgestaltet und

Fahrzeuge sicherer gebaut werden. Daneben muss auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer eingewirkt werden. Von Ort zu Ort sind die Bedingungen häufig verschieden. In Neukölln bewegen sich besonders viele Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene im Straßenverkehr. In unserem Bezirk sollte deshalb besonders viel für die Mobilitätserziehung getan werden. Dazu gehören auch Maßnahmen für jugendlicher Verkehrssünder. Nicht zuletzt müssen kommunale Bündnisse für Verkehrssicherheit, die dem Erfahrungsaustausch dienen, einbezogen sein. Die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, wo es die wenigsten Verkehrstoten pro Einwohner gibt, und Hamburg, wo die Mobilitätserziehung vorbildlich ist, verfügen über vielfältige Erfahrungen. Berlin und Neukölln, aber auch andere Städte, könnten hier langfristig im Rahmen der EU in einen Dialog mit anderen europäischen Kommunen eintreten. Denn unfallfreie Fortbewegung geht alle an.

Christian Kölling

## Grüne Positionen...

## Ungerechte Gebührenordnung für die Umweltzone

Felicitas Kubala, umweltpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen erklärt:

Jetzt rächt sich der lange Ausnahmekatalog vom Fahrverbot in die Umweltzone. Weil der Senat viele Ausnahmen zugelassen hat, muss er sich jetzt den Verwaltungsaufwand teuer bezahlen lassen. Dabei werden von der rot-roten Koalition auch grobe soziale Ungerechtigkeiten in Kauf genommen. Oldtimer-Fahrer zahlen für eine unbefristete Ausnahmeerlaubnis weniger als Schwerbehinderte für eine 18-Monats-Erlaubnis. Bündnis 90/Die Grünen fordern vom Senat sozial gerechte Lösungen für die Umweltzone. Hobbyfahrten in die Umweltzone dürfen nicht billiger sein als der notwendige Transport für behinderte Menschen. Um die Berliner und Berlinerinnen vor dem gesundheitsgefährdenden Feinstaub zu schützen, müssen Ausnahmen vom Fahrverbot auf ein Minimum begrenzt werden.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:

Vorstandssprecher:

Jochen Biedermann,

Tel: 0163 2891707

Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,  
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:

<http://www.gruene-neukoelln.de>

Mail: [vorstand@gruene-neukoelln.de](mailto:vorstand@gruene-neukoelln.de)

Bezirksgruppe

Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der grünen Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Str. 9, (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone

Ausländerpolitik/Immigration und

Jugend, Kinder, Schule:

Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Stadtentwicklung, Grünflächen:

Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen:

Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73

Gesundheit, Umweltschutz:

Gabriela Gebhardt 603 77 54

Homepage der Bezirksgruppe:

Jochen Biedermann, 0163 2891707

Soziales und Verkehr:

Bernd Szczepanski, 625 72 54

Wirtschaft:

Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen,  
Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur im Sinne

des Pressegesetzes:

Jürgen Biele (jüb)

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:  
Gabriela Vonnekold, Susanna Kahlefeld, Katrin Falk, Jochen Biedermann, Christian Kölling, Manfred Herrmann, Heinz Wagner.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel,  
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin

Anzeigenleitung:

Gabriela Gebhardt, 603 7754,

Mail: [gabi.gebhardt@snafu.de](mailto:gabi.gebhardt@snafu.de)

Druck: Henke Pressedruck GmbH

[www.Naturkindchen.de](http://www.Naturkindchen.de)



- Naturtextilien
- Secondhand Kleidung
- Holzspielzeug
- Stoffpuppen

[kontakt@naturkindchen.de](mailto:kontakt@naturkindchen.de)

# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

## Erneuerung Alt-Rudow

„Nach jahrelangem, zähen Ringen bitet das Bezirksamt um Zustimmung zur Entscheidung über den Neubau der Straße Alt-Rudow“, so begann der Neuköllner Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) in der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung vor der Sommerpause für seine „Vorlage zur Beschlussfassung“ zu werben. Die BVV hatte monatelang über diese Baumaßnahme beraten und gestritten.

Streitursache: Das neue Straßenausbaubeitragsgesetz. Danach müssen die Anwohner an den Kosten eines Straßenneubaues beteiligt werden (der *Neuköllner Stachel* berichtete). Der Streitpunkt: Ist das Gesetz für den Ausbau Alt-Rudow anzuwenden? Die einen – CDU und FDP – sagen nein, weil die Maßnahme eine Instandhaltung und zudem vor Inkrafttreten des Gesetzes begonnen worden sei. Die anderen – die SPD, Grüne und Linke – sagen ja, weil dies ein Neubau ist, denn die Straße ist „von Grund auf abgenutzt“. Zudem wird der Baubeginn erst durch einen BVV-Beschluss sowie durch den Beginn einer Bürgerbeteiligung und der Ausschreibung markiert. Dies alles passierte, so die Meinung des Bezirksamtes, nach Inkrafttreten des Gesetzes. Deshalb stimmte die BVV mehrheitlich diesem Straßenausbau zu. Auf die Anwohner kommen damit Aufwendungen von gut 900.000 Euro zu. Es steht zu erwarten, dass sich



die Gerichte mit diesem „Fall“ noch beschäftigen werden...

## Bewährungshilfe Neukölln

Der Bezirksverordnete Thomas Lepp (CDU) wollte in einer mündlichen Anfrage wissen, ob Meldungen zuträfen, wonach im ehemaligen Gebäude des Finanzamtes Neukölln-Süd in der Buschkrugallee eine Einrichtung der Bewährungshilfe untergebracht wird. Antwort des Bezirksamtes: Ja, der verantwortliche Liegenschaftsfonds

hat das Gebäude für diese Nutzung frei gegeben. Es werden hier neben anderen Nutzungen auch 81 Bewährungshelfer tätig sein, die sich um 3.200 Erwachsene und 500 Jugendliche, die zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden, kümmern. Lepp stellte den Antrag, das Bezirksamt möge „sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ... gegen eine Nutzung durch die Bewährungshilfe“ einsetzen.

Die Mehrzahl der Neuköllner Bezirksverordneten mochte sich diesem „Sankt-Florians-Antrag“ nicht anschließen, denn die Bewährungshilfe ist eine wertvolle Einrichtung zur Resozialisierung von verurteilten Straftätern. Nur die CDU und die NPD-Verordneten sahen das anders und votierten für diesen Antrag.

## Gemeinschaftsschulen in Neukölln

Linke und FDP fragten gemeinsam (doch jeder für sich!) nach der Zukunft von Gemeinschaftsschulen in und für Neukölln. Bezirksstadtrat Wolfgang

Schimmgang (SPD) wies in seiner Antwort darauf hin, dass eine Entscheidung darüber, welche Neuköllner Schulen sich an dem Pilotprojekt „Gemeinschaftsschule“ beteiligen, noch nicht gefallen ist. Bewerbungsschluss ist der 30. September, die Entscheidung fällt im November. Immerhin: Unter den 63 Berliner Schulen, die sich beworben haben, sind fünf Neuköllner Schulen.

## Wer überwacht und zahlt

Der Rudower Bezirksverordnete Klaus-Peter Mahlo (CDU) wollte wissen, was das Bezirksamt davon halte, „dass der Senat die Überwachung der Umweltzone ... auf die Bezirke überträgt, und ob dem Bezirksamt „die erforderlichen finanziellen Mittel sowie Personal zur Verfügung“ stehen. Die Antwort des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD): Die Übertragung der Überwachung auf die Bezirke sei zwar nicht zu beanstanden, jedoch Mittel und Personal gebe es dafür nicht! Solche Vorgehensweise, so Buschkowsky, zerstöre die an sich begrüßenswerte Zielsetzung einer Umweltzone. Er warf dem Senat vor, Rechtsnormen und Regeln zu erlassen, und sich nicht um deren Umsetzung zu scheren. „Den Mund spitzen und dann nicht pfeifen“, sei auch im Zusammenhang mit der Überwachung von Jugendschutz und Nichtraucherverboten dem Senat vorzuhalten. jüb

## Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

# Schutz für Neuköllns Schulen

von Gabriele Vonnekold



Das Bezirksamt Neukölln hat beschlossen, den Schulen des Bezirkes zu ermöglichen, ab dem nächsten Schuljahr einen Wachschatz für ihre Schule anzufordern, wenn die Schulkonferenz, die aus Schülern, Eltern und Lehrern besteht, dies beschließt.

Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass es vermehrt zu Gewalttaten gegen Schülerinnen, Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer durch schulfremde Personen gekommen ist.

Es geht hier also nicht um Gewalt innerhalb der Schulen, die kann und muss zunächst mit pädagogischen Mitteln bekämpft werden. Dazu gibt es auch an vielen Schulen bereits entsprechende Maßnahmen, z.B. Ausbildung von Streitschlichtern, Workshops zur Aggressionskontrolle, Präventionstage, Schulsozialarbeit und Schulstationen. Konflikte innerhalb der Schülerschaft oder mit Lehrerinnen und Lehrern können so bearbeitet werden, deshalb müssen diese Angebote dringend verstärkt werden. Jede Schule braucht ein Schulsozialarbeitsangebot, dafür müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden und zwar schnell und nicht erst in ein paar Jahren, dies muss auch der Senat einsehen!

Anders verhält es sich, wenn Einzelne oder Gruppen von außen in die Schule oder den Pausenhof eindringen und gewalttätig werden, dies kam in den letzten zwei Jahren mehr als fünfzigmal vor. Ein trauriges Beispiel aus

den letzten Tagen war ein abgewiesener Ex-Freund, der zuerst seine Ex-Freundin auf einem Schulhof massiv bedrängte und dann einen Lehrer, der das Mädchen schützen wollte, niederschlug, verletzte und nur durch eine zu Hilfe kommende Gruppe von Schülern aufgehalten werden konnte. Wenn die Gewalt von außen in die Schule getragen wird, gibt es keine Möglichkeit eines pädagogischen Einwirkens auf die Täter.

Die Schule muss ein geschützter Raum sein, in dem alle, die sich dort aufhalten, sich sicher fühlen können. Deshalb können jetzt Schulen, die einer Bedrohung von außen ausgesetzt sind, freiwillig und nur, wenn alle Gruppen in der Schulkonferenz dies wollen, ihre Schule durch Wachpersonal sichern lassen.

Eine Alternative, um die Sicherheit zu gewährleisten, wären nur bauliche Maßnahmen, die einen unbefugten Zutritt unmöglich machen. Es kann aber nicht gewünscht sein, Schulen zu Festungen auszubauen. Im Gegenteil ist anzustreben, dass sich alle Schulen öffnen für ihre Nachbarschaft. Deshalb hat sich das Bezirksamt entschlossen, die Sicherheit vor Übergriffen bei Bedarf durch Wachpersonal zu gewährleisten. Die Wachmänner sollen potentielle Gewalttäter fernhalten, aber die erwünschten Besuche von Eltern, Nachbarn, Künstlern, Handwerkern und Kiezinitiativen in der Schule, die das pädagogische Programm der Schule bereichern und die Schulen zu lebendigen Bestandteilen ihres Kiezes machen, weiter möglich machen.

## FahrRat für Neuköllns Radfahrer konstituiert sich

In Neukölln tritt der bezirkliche „FahrRat“ im Juli zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der „FahrRat“ ist ein Experten-Gremium, dem Vertreter der Neuköllner BVV, des Tiefbauamtes Neukölln, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der Polizeidirektion 5 sowie des ADFC angehören. Er ist aus der Arbeitsgruppe „Radrouten-Masterplan Neukölln“ hervorgegangen, in der sich seit Dezember 2003 auf Initiative der grünen BVV-Fraktion, die Akteure mit dem Ziel trafen, ein verkehrssicheres, nutzerfreundliches Radroutennetz im Bezirk als Ergänzung zum berlinweiten Haupttroutennetz zu entwickeln. Der „FahrRat“ soll nun für die zügige Umsetzung des „Masterplans Neukölln“ sorgen und will sich u.a. um bisher vernachlässigte Fahrradabstellanlagen kümmern. Das ist eine gute Nachricht für alle, die sich am BUND-Modellprojekt „Einkauf mit dem Rad“ (der *Neuköllner Stachel* berichtete) beteiligen, denn in

Berlin ist die Infrastruktur für radelnde Kunden stark unterentwickelt. Für Planer und Einzelhandel spielen Radfahrer meist keine Rolle. Der BUND will das jetzt in der Karl-Marx-Straße sowie in vier anderen Berliner Einkaufsstraßen ändern. Derzeit sind in der Karl-Marx-Straße und benachbarten Seitenstraßen nur wenige Radbügel vorhanden. Die Bürgersteige sind fast durchgängig sehr schmal und besonders im Bereich zwischen Rathaus und Karl-Marx-Platz gibt es viel Fußgängerverkehr. Vielleicht wäre ein dezentrales Abstellkonzept mit überall entlang der Straße verteilten Fahrradbügeln sinnvoll. In Nebenstraßen und vor den U-Bahnhöfen, wo die größten Engpässe sind, sollten auch PKW-Parkplätze in Fahrradabstellanlagen umgewandelt werden. Radler könnten ihr Gefährt dann sicher und zielnah abstellen. Auf einem Autostellplatz finden leicht ein Dutzend Fahrräder Platz.

Christian Kölling



Die Karl-Marx-Straße - wenig attraktiv für Radfahrer als Kunden. Besonders ärgerlich sind viele Radler über das Fehlen geeigneter Fahrrad-Abstellanlagen...

Foto: jüb

## Vielfalt tut gut Lokaler Aktionsplan für Neukölln

Am 21. Juni 2007 wurde vom Neuköllner Jugendhilfe-Ausschuss ein lokaler Aktionsplan zur Umsetzung des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ verabschiedet. Nach Zustimmung durch die BVV können nun bis zum 31. Juli Schulen, Träger und lokale Akteure ihre Projektvorschläge zum Aktionsprogramm einreichen.

Das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert und richtet sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Für Neukölln wurden vom Jugendamt unter der Leitung von Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) drei Hauptziele formuliert. Diese Ziele sind abgestimmt auf die Situation und die Belange des Bezirkes. Es gab schon im Vorfeld einen intensiven Austausch mit den VertreterInnen der Kinder- und Jugendeinrichtungen und den Streetworkern im Süden Neuköllns. Alle Analysen und Handlungsstrategien wurden außerdem abgesprochen mit dem Quartiersmanagement und dem Migrationsbeauftragten. Der Aktionsplan für Vielfalt soll die lokalen Akteure in ihrer Arbeit stärken und vernetzen. Er soll neue gemeinsame Ideen verwirklichen helfen. Das gelingt nur in enger Kooperation aller Beteiligten von den Schulen über die Quartiersmanagementgebiete und Jugendprojekte bis zu den Anwohnern. Alle Projekte, die über das Bundesprogramm finanziert werden sollen, müssen sich nun an diesen gemeinsam erarbeiteten Zielen ausrichten.

Das erste Ziel ist es, dass sich Neuköllner BürgerInnen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen und lernen, wie sie rechtsextremen Argumenten etwas entgegensetzen können. Dazu wird es Informationsveranstaltungen, Seminare für Akteure und BürgerInnen sowie eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geben. Das Material zur Öffentlichkeitsarbeit soll u.a. in Projekten von AnwohnerInnen, Akteuren und Jugendlichen entwickelt werden.

Das zweite Ziel besteht darin, Jugendliche und Eltern zu stärken und mit ihnen gemeinsam demokratisch und partizipativ Konzepte zu entwickeln und umzusetzen: Konkret heißt das z.B., dass Kinder und Jugendliche gemeinsam die Inhalte verschiedener Religionen erforschen, dass sie die Traditionen ihrer MitschülerInnen kennen lernen und dass ein Aktionsfonds für Projekte von Kindern und Jugendlichen eingerichtet wird. Jugendlichen soll die Gelegenheit gegeben werden, das Handwerkszeug der Demokratie zu gebrauchen und zu erfahren, dass die demokratischen Mittel nicht nur gut funktionieren, sondern dass sich mit ihnen auch etwas erreichen lässt.

Das dritte Ziel ist ein respektvolles und gewaltfreies Miteinander der BürgerInnen Neuköllns. Es sollen Foren aufgebaut werden, in denen sich Eltern verschiedener Kulturen und religiöser Gruppen austauschen können. Veranstaltungen zum Thema „Religion und Staat“, eine Stadtteilkonferenz, auf der es um Integration und die Regeln des Zusammenlebens geht, und schließlich ein großes Stadtteilstreffen werden



gemeinsam entwickelt. Integriert sind Medien- und Kulturprojekte von Jugendlichen, die auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit sein werden.

Das Aktionsprogramm ist somit als „ein Programm für ...“ entwickelt worden, erst in zweiter Linie als „ein Programm gegen ...“: Es gibt zwar gezielte Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, bei denen es vor allem um die Aufklärung über rechtsextreme Gedanken und Gruppierungen geht. Der Hauptteil des Aktionsprogramms wirbt aber für mehr Toleranz, fördert das gegenseitige Kennenlernen und unterstützt Initiativen zur Stärkung des demokratischen Selbstbewusstseins. Austausch und die demokratisch abgestimmten Eigenaktivitäten der Jugendlichen stehen im Mittelpunkt. Alle eingereichten Projektideen müssen sich an diesen Zielen ausrichten. Entschieden wird über die eingereichten Projekte von einem Begleitausschuss, in dem neben VertreterInnen des Ämternetzwerkes auch zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sind. Wir werden weiter über die Entwicklung der einzelnen Aktivitäten berichten. (Weitere Infos unter : [www.demokratische-vielfalt-neukoelln.de](http://www.demokratische-vielfalt-neukoelln.de))

Susanna Kahlefeld

# Verkehrspolitik neu gestalten

## Straßenbahnen können Verkehr und Klima entlasten

**Damit die Klimakatastrophe verhindert werden kann, und die vom Menschen verursachte Erderwärmung nicht um mehr als 2 Grad Celsius steigt, stehen alle Industrienationen vor der großen Aufgabe, ihre CO<sub>2</sub> Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80% zu reduzieren. Die europäischen Staaten müssen deshalb ihre Verkehrspolitik gemeinsam überdenken. Bereits heute entfällt rund ein Fünftel des CO<sub>2</sub> Ausstoßes auf den Transport. Infolge von EU-Erweiterung und Globalisierung wird ein erheblicher Verkehrsanstieg prognostiziert.**

Wenig deutet bis heute darauf hin, dass eine grundlegende Änderung der Verkehrspolitik in den kommenden zehn Jahren gelingen kann: Im straßenlastigen Bundesverkehrswegeplan wird erstmals mehr Geld für die Instandhaltung als für den Neubau ausgewiesen. Finanzielle und gesetzliche Rahmenvorgaben der Bundesregierung sowie der EU können landes- und kommunalpolitische Entscheidungen allerdings nicht ersetzen. Das Land Berlin und seine Bezirke können ihre Verkehrspolitik in gewissem Umfang als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung allein verantwortlich gestalten. Ende Juni hatte deshalb die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur internationalen Konferenz „Straßenbahnen in europäischen Metropolen - wo steht Berlin?“ ins Abgeordnetenhaus eingeladen, denn regionale Planungshoheit und kommunale Handlungsspielräume können viel zum umweltverträglichen Verkehr beitragen. Aus Paris berichtete Stéphane Lecler, Berater des Vize-Bürgermeisters für Verkehr. Dort hatte man bereits in den 30er Jahren alle Straßenbahnen abgeschafft. Heute verkehren in der Weltstadt an der Seine wieder vier Linien. Wesentliche Anstöße für die Wiedereinführung kamen aus Karlsruhe, wo die Tram sowohl leise und sicher in den Einkaufsstraßen als auch mit hohen Geschwindigkeiten zwischen den

benachbarten Orten verkehrt und somit die ganze Leistungsfähigkeit des Systems Straßenbahn unter Beweis stellt. Seit langem sind in Paris verstopfte Straßen und mit Autos verstellte historische Plätze ein öffentliches Ärgernis. Populär wurde die Tram trotzdem erst in dem Augenblick, als auch überzeugte Autofahrer gerne die komfortable oberirdische Alternative nutzen und Geschäftsleute bemerkten, dass sie die kaufkräftige Kundschaft direkt bis vor die Ladentüren bringt. Über ähnliche Erfahrungen konnte Darren Johnson, ÖPNV-Experte der Londoner Stadtverwaltung, berichten. Mit Einführung der Staumaut „congestion charge“ für das kleine Gebiet der Innenstadt hat die Stadtregierung viel Mut bei der Zurückdrängung des Autoverkehrs bewiesen. Die Straßenbahnpläne der Stadt gehen aber weit über dieses Ziel hinaus. Insbesondere sprechen überall in der Weltmetropole soziale und ökonomische Gründe gleichermaßen für den Neuaufbau des Tramnetzes - einschließlich einer Querung der Themse. In Berlin ist die Tram im wahrsten Sinne des Wortes in einer zwiespältigen Situation. Einerseits hat die Stadt neben Wien einen der größten Straßenbahnbetriebe Europas. Das vorhandene Netz ist - anders als in Paris und London - nicht aus dem Boden gestampft, sondern hat sich mit der Geschichte

der Stadt entwickelt. Klaus-Dietrich Matschke, Straßenbahndirektor der BVG, kann aufgrund dieser Kontinuität einige Erfolge vorweisen, wie z.B. den Umbau der alten Tatrawagen für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste sowie die enge Zusammenarbeit mit dem Athener Straßenbahnbetrieb. Nicht zuletzt ist die Anfang der 90er Jahre geführte Diskussion über die Stilllegung der Straßenbahn im Osten Berlins vom Tisch. Jedoch klafft im Schienennetz zwischen Ost- und West-Berlin nach wie vor eine riesige Lücke, verglichen mit dem Stand der Vorkriegszeit. Die Erfolgsgeschichte der Tramverlängerung in den Wedding, die eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen auf dieser Linie brachte, ist bis heute die große Ausnahme geblieben. Für Neukölln sind seit Jahren im inneren und äußeren Stadtgebiet drei Varianten im Gespräch. An der südlichen Peripherie könnte die Straßenbahn von Adlershof über die Wutzkyallee bis nach Marienfelde weitergeführt werden. Im Neuköllner Norden könnte der Hermannplatz im kommenden Jahrzehnt wieder zu einem Tramknotenpunkt werden. Planungen liegen hier sowohl für eine Verlängerung zur Warschauer Straße durch den Reuterkiez über die Oberbaumbrücke sowie für eine Verbindung durch die Urbanstraße über Hallesches Tor und Hauptbahnhof bis nach Moabit vor. Die Chancen steigen, dass EU-Gelder für den ÖPNV in Berlin eingesetzt werden, sobald die Spree-Metropole wie Paris und London ihre Straßenbahn als Jobmaschine entdeckt.

Christian Kölling

Sprecher Fachforum Mobilität  
Lokale Agenda 21 Berlin

# Neue Verbindungen geschmiedet

## Neuköllner zu Gast in Prag 5 und Usti nad Orlici

Erstmals besuchte eine Gruppe der „Freunde Neuköllns“ Mitte Juni Smichov, den 5. Prager Stadtbezirk. Lucie Vavrova, die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Sozialstadträtin, nahm sich viel Zeit und zeigte den Gästen das Rathaus und andere Sehenswürdigkeiten des am Westufer der Moldau gelegenen Bezirks. In der „Villa Bertramka“ hatte Mozart die Partitur zur Oper „Don Giovanni“ vollendet. Berühmt sind auch die Brauerei „Staropramen“ und die Filmstudios im Ortsteil Barrandov, wo sogar Hollywood-Filme produziert werden. Wirtschaftsstadtrat Ales Kohout führte

begründet. Nun gilt es, auf möglichst vielen Ebenen die Beziehungen zu entwickeln.

So hatte Stadträtin Vavrova zwei Sozialarbeiter nach Neukölln geschickt, um sich dort über neue Methoden der Drogenhilfe zu informieren. Letztes Jahr war „Möwe Britz“ 520 Kilometer mit dem Rad nach Prag 5 gestrampt.

Demgegenüber kann man die 18-jährige Partnerschaft mit der ostböhmischen Kleinstadt Usti nad Orlici und dem nahe gelegenen Horni Cermna als im besten Sinne etabliert bezeichnen; sie ist eine der aktivsten der rund ein



Kunstschmied Frantisek Becka aus Usti schafft im Handumdrehen für Gabriele Sawitzki (2. v.l.), der Chef in der Schmiede auf dem Richardplatz, ein handtellergroßes Lindenblatt. Rechts im Bild: Eva Kytlicova, Lehrerin aus Usti und seit Jahren aktiv im Schüleraustausch.

Foto: Dieter Herrmann

die Gäste durch eine gerade eröffnete Beratungsstelle für klein- und mittelständische Unternehmer. Die Neuköllner wunderten sich über deren Notwendigkeit, als sie erfuhren, dass die Arbeitslosigkeit in ganz Prag gerade einmal bei drei Prozent liege. Daneben trafen die Neuköllner Pavla Vrbova, eine der Autorinnen der Fotoausstellung über Smichov, die kürzlich im Rathaus Neukölln gezeigt wurde, sowie die Umweltwissenschaftlerin Michaela Valentova.

Erst im September 2005 hatten die beiden Bezirksbürgermeister Buschkowsky und Jancik die Städtepartnerschaft

Dutzend auswärtigen Beziehungen Neuköllns. Dort kamen die „Freunde Neuköllns“ mit vielen alten und neuen Bekannten zusammen.

Zur selben Zeit weilten auch eine Gruppe von Auszubildenden des Bezirksamtes Neukölln und die Big Band „Neue Welt“ der Musikschule in Usti. Letztere begeisterte die Besucher des Stadtfestes „Stadt in Bewegung“. Der neugewählte Bürgermeister Richard Pesek ist im „Zivilberuf“ Maler. Voraussichtlich im November werden die Neuköllner seine Werke im Schloss Britz bewundern können.

Manfred Herrmann

# Grüne Doppelspitze

## Für mehr Schwung und neue Motivation

**Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat einen neuen Vorstand: Barbara Oesterheld und Irmgard Franke-Dressler bilden die neue Doppelspitze. Langjährige Abgeordnete die eine und kompetente Bezirkspolitikerin die andere, so wollen sie für die nächsten zwei Jahre die Geschicke der Partei lenken. In welche Richtung, wollte Jochen Biedermann, Sprecher der Neuköllner Bündnisgrünen, wissen und befragte beide für den Neuköllner Stachel.**

Jochen Biedermann: Irma und Barbara, Ihr seid nun 100 Tage im Amt. Läuft die Schonfrist noch, oder gibt es die in Eurer Position gar nicht?

Barbara: Na, geschont werden wir hier nicht. Erstmal müssen wir eine Geschäftsführung finden und die Geschäftsstelle besetzen. Daneben läuft das „normale Geschäft“ weiter. Die Mitglieder erwarten zu Recht, dass der neue Landsvorstand auch neue Impulse gibt.

Irma: Wir haben mit der Klimakampagne begonnen und weitere Projekte werden folgen. Darüber haben wir z.B. auch auf unserer Vorstandsklausur im Mai schon diskutiert.

Barbara, Du hattest als erklärte Linke einen sicheren Kreuzberger Wahlkreis, bist mehrmals direkt gewählt worden. Bei den letzten Wahlen bist Du nicht mehr angetreten, stattdessen hast Du Dich zur Landesvorsitzenden wählen lassen - ein eher ungewöhnlicher Wechsel. Warum?

Barbara: Ungewöhnlich? Nach so vielen Jahren im Abgeordnetenhaus musste ich ein neues Betätigungsfeld haben. Das bringt neuen Schwung und neue Motivation. Die Beurteilung von Politjobs auf unterschiedliche Wichtig- oder Wertigkeit kann ich sowieso

nicht nachvollziehen. Es macht mir Spaß, befreit von den Zwängen und Ritualen des Abgeordnetenhauses Politik zu machen.

Barbara, Du hast Deinen Rückzug aus dem Abgeordnetenhaus auch damit begründet, Politik entwickle sich immer mehr zum Showgeschäft. Ist das als Landesvorsitzende anders?

Barbara: Eine gute Frage. Es ist ein Teil des Geschäftes, aber nicht der zentrale. Die Kommunikation mit Bezirken und Bereichen, die inhaltlichen Diskussionen finden untereinander statt. Die Ergebnisse nach außen zu bringen und zu „vermarkten“ erfordert dann Fähigkeiten in Öffentlichkeits- und Eventmanagement.

Irma, Du bist seit 1999 Bezirksverordnete in Steglitz-Zehlendorf und hast nach den letzten Wahlen das erste schwarz-grüne Bündnis auf Bezirksebene mitgeschmiedet. Was hat Dich daran gereizt, jetzt Landesvorsitzende zu werden?

Irma: Meine Entscheidung hat ja nichts mit der schwarz-grünen Zählgemeinschaft in Steglitz-Zehlendorf zu tun. Eher damit, dass mich es reizt „Macherin“ zu sein. Wir können davon ausgehen, dass wir in Berlin die nächsten 4 Jahre in der Opposition sein werden.



Grüne Doppelspitze: Barbara Oesterheld (li.) und Irmgard Franke-Dressler



Dies ist keine leichte Situation. Aus der Arbeit in der BVV kenne ich das. Grüne Politik in der Opposition kann nicht durch Regierungshandeln umgesetzt werden. Daher müssen wir unsere grünen Ideen und Projekte auf andere Weise verdeutlichen und gemeinsam mit der Abgeordnetenhausfraktion die rot/rote Regierung treiben.

Bezirkspolitik wird oft wenig wahrgenommen. Die Diskussion um die Umbenennung der Steglitzer Treitschkestraße hat jedoch viel Wirbel verursacht. Welche Erfahrungen nimmst Du daraus mit in Deinen neuen Job?

Irma: Politik wird sehr oft nicht über Sachfragen wahrgenommen und man darf die Emotionen sowohl der grünen Basis als auch der Öffentlichkeit nicht unterschätzen. Daher ist es wichtig, Entscheidungen parteiintern auf eine breite Basis zu stellen und die Ergebnisse transparent zu machen. Das ist für uns Grüne selbstverständlich. Trotzdem bleibt natürlich das Problem, dass bei Kompromissen viele mit dem Ergebnis unglücklich sind. Wie weh das „Krötenschlucken“ tun kann, kennen wir aus der Zeit der rot/ grünen Regierungsverantwortung.

Ihr vertrittet unterschiedliche Strömungen innerhalb der Grünen, fällt es da schwer, gemeinsam politi-

sche Leitlinien zu formulieren?

Barbara: Die Grünen stimmen in ihren zentralen Anliegen weitgehend überein. Die Ziele sind weniger Streitbehaftet als der Weg dorthin. Einschätzungen des Möglichen oder die Radikalität der Forderungen auf dem Weg zu unseren Zielen sind dagegen weit umstrittener - egal in welchem Bereich.

Irma: Die Leitlinien sind durch das Parteiprogramm und die Gremienbeschlüsse vorgegeben. Als Landesvorsitzende haben wir die Aufgabe, die Berliner Grünen nach außen zu vertreten. Damit dies gelingen kann, ist es hilfreich, wenn die beiden Sprecherinnen das breite Spektrum der Berliner Grünen repräsentieren.

Kaum gewählt, habt Ihr Euch mit einer Aktion zum Bankenskandal zu Wort gemeldet, was hat es damit genau auf sich?

Barbara: Die Bankgesellschaft soll verkauft werden. Dies geht nur mit Zustimmung des Parlamentes. Die Abgeordneten sollen an ihre Verantwortung erinnern und ermuntert werden auf ausreichend Informationen zu bestehen. Die Erinnerung an die Risikoabschirmung von 21,6 Milliarden Euro zu Lasten des Landes sollte jeder/m Parlamentarier/in die weit reichenden Konsequenzen ihrer Abstimmungen deutlich machen.

Ende April haben die Klimatage stattgefunden, außerdem wollt Ihr einen Bildungspakt in Leben rufen - klingt nach einem vollen Programm. Langweilig wird Euch wohl nicht so schnell?

Barbara: Von Langeweile kann ja überhaupt keine Rede sein - eher davon, dass wir nicht wissen, wo wir zuerst anfangen sollten. Klimakampagne und Bildungspakt klingt in der Tat sehr ambitioniert. Beides sind aber Projekte, die für uns Grüne wichtig sind und bei denen wir Kompetenzen vorweisen können. Die Klimakampagne läuft bundesweit erfolgreich und mit unserer Stromwechsellösungskampagne haben wir in Berlin schon sehr viele BürgerInnen überzeugt.

Irma: Beim Bildungspakt wollen wir gemeinsam mit den Bildungsakteuren, die in unterschiedlichen Zusammenhängen mit dem Thema Schule befasst sind, diskutieren. Ein wichtiges Ziel ist für uns: „Schule von innen verändern“.

Ihr seid für zwei Jahre gewählt. Was wollt Ihr in dieser Zeit bewegen?

Barbara: Den Berliner Landesverband von Bündnis90/Die Grünen - und ganz konkret: Unsere Mitglieder. Wir müssen uns Konzepte überlegen, wie verstärkt Mitglieder für die aktive Mitarbeit gewonnen werden können. Irma: Wir müssen dabei insbesondere Konzepte finden, wie wir die Zahl unsere weiblichen Aktiven erhöhen können. Aber wir wollen natürlich noch viel mehr bewegen. Das wäre dann aber der Stoff für die nächsten Artikel.

Ich danke Euch für das Gespräch.

Bezirkshaushalt für 2008 und 2009:

# Neukölln muss weiter drastisch sparen

**Der Bezirk Neukölln stellt gegenwärtig seinen Bezirkshaushalt für die Jahre 2008 und 2009 auf. Wie schon in den Vorjahren ist auch diesmal die Finanzausstattung des Bezirks durch den rot-roten Senat völlig unzureichend. Nachdem fast alle Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen ausgeschöpft sind, wird Neukölln diesmal keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können!**

**Eckdaten**

Der Haushalt im nächsten Jahr hat derzeit einen Umfang von 545,5 Millionen Euro. 451,5 Millionen stammen aus Senatszuweisungen, 92,5 Millionen aus bezirklichen Einnahmen und 1,5 Millionen aus Verkaufserlösen. Davon sind 80 Prozent oder 440 Millionen gesetzlich vorgeschriebene Transferleistungen, z.B. Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Ausgaben für Kindertagesstätten. Hinzukommen weitere 8 Prozent Personal- und Sachkosten. Von den restlichen 12 Prozent müssen die sonstigen bezirklichen Aufgaben – wie etwa Jugendclubs, Bibliotheken, Musikschule, Sportanlagen, Grünpflege oder die Volkshochschule - finanziert werden.

Die Mittel des Senats sind vielfach zweckgebunden und dürfen vom Bezirk nicht etwa nach eigenem Ermessen ausgegeben werden. So steht

Neukölln in den nächsten Jahren eine vorgegebene Summe an Investitionsmitteln zur Verfügung. Die Zählgemeinschaft aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken will damit den Neuköllner Norden, den Hermannplatz, die Karl-Marx-Straße und das Böhmische Dorf städtebaulich umgestalten und so für die Neuköllnerinnen und Neuköllner attraktiver machen. Das geht aber nicht zu Lasten von Jugendeinrichtungen oder Bibliotheken: mit diesen Mitteln dürfen ausschließlich Investitionsmaßnahmen, also z.B. Straßenbau, finanziert werden. Eine Verwendung etwa für freie Träger ist nicht zulässig und würde automatisch dazu führen, dass Neukölln für den nächsten Haushalt eine entsprechend geringere Finanzzuweisung bekäme.

**Bürgerbeteiligung**

Die Neuköllnerinnen und Neuköllner können sich an der Aufstellung

des Doppelhaushaltes beteiligen – von einem Bürgerhaushalt kann dabei allerdings keine Rede sein. Für Bündnis 90/Die Grünen ist Bürgerbeteiligung ein wichtiges politisches Instrument, um Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten und zu demokratisieren. Angesichts der Unübersichtlichkeit öffentlicher Haushalte und der desolaten finanziellen Situation ist die Beteiligung allerdings kein leichtes Unterfangen, und die Möglichkeiten der Einflussnahme für Bürgerinnen und Bürger sind vergleichsweise gering. Dennoch sollten auch bescheidene Möglichkeiten genutzt werden:

Vorschläge können in den öffentlich tagenden Fachausschüssen, aber auch per Mail, Post oder persönlich beim Büro der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorgebracht werden.

Der Bezirkshaushalt soll dann von der BVV am 19. September 2007 beschlossen werden. Weitere Informationen sind über das Internet unter <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/verwaltung/steuerungsdienst.index.html> erhältlich - hier kann auch der aktuelle Haushaltsentwurf heruntergeladen werden.

Heinz Wagner

# Ursachen und Wirkungen

Rechtzeitig zur Diskussion des Neuköllner Bezirkshaushaltes ist im Rathaus eine Ausstellung „Berliner Bankenskandal“ eröffnet worden. So können sich Neuköllnerinnen und Neuköllner, aber auch die Bezirksverordneten, informieren, wer mit verantwortlich für die desaströse Berliner und damit auch Neuköllner Haushaltslage ist. In bemerkenswerter Einmütigkeit hatte der Ältestenrat der Neuköllner BVV diese Ausstellung ins Rathaus geholt. Neuköllns Bezirksstadtrat Thomas Blesing (SPD) eröffnete gemeinsam mit Hans-Jürgen Lindemann von der Initiative Berliner Bankenskandal die Ausstellung (siehe Bild links) Auf



Foto: jüb

Schautafeln werden „Roß und Reiter“ der fast kriminellen Verstrickungen von Wirtschaft und Politik genannt. Rüdiger Landowsky, langjähriger CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, das Manager-Gespann

Wienhold und Neuling, aber auch der SPD-Politiker Ditmar Staffelt und der Banker Steinriede sind in die Reihe der „Verursacher“ des Bankenskandals eingeordnet.

Mit wieviel Milliarden der Finanzhaushalt des Landes Berlin auch künftig noch belastet sein wird, ist ungewiss. Hans Jürgen Lindemann meint, dass Berlin durch den Verkauf der Landesbank noch keineswegs aus dem Schneider ist. Es tut gut, sich aus diesem Anlass zu erinnern, wem wir die katastrophale Finanzsituation Berlins und besonders auch Neuköllns mit zu verdanken haben.

„Solange Steuerzahler für den Schaden dieser Bank aufkommen müssen, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, bleibt ein ungeheures Gerechtigkeitsdefizit, das nicht hingenommen werden kann“, sagt Barbara Oesterheld, die grüne Landesvorsitzende.

Jürgen Biele

Grüne fordern:

## 100 Millionen Euro mehr für Bezirke

Grüne Stadträte, Fraktionen, Parteivorstände der Bezirke und der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen fordern in einer gemeinsamen Erklärung zum geplanten Haushalt 2008/2009 eine deutlich verbesserte Mittelzuweisung für die Bezirke. Der Neuköllner Stachel dokumentiert im Folgenden diese Erklärung in Auszügen:

„Wir fordern das Abgeordnetenhaus und den Senat von Berlin auf, das immer dramatischer werdende Ausbluten der Berliner Bezirke zu beenden. Dazu ist es erstens notwendig, die geplante Zuweisung für die Bezirke für die Haushaltsjahre 08/09 um jeweils 100 Millionen Euro zu erhöhen. Nur damit ließe sich erreichen, dass die Grundversorgung etwa mit Schulen, Bürgeramt, Sozialhilfe, Kinderschutz, usw. erhalten werden kann. Die Berliner Bezirke haben in den vergangenen Jahren den Großteil der Konsolidierung des Berliner Landeshaushalts erbracht und haben nun endgültig das Ende der Fahnenstange erreicht, während die Senatshauptverwaltung sich mit eigenen Beiträgen bei der Konsolidierung des Haushaltes vornehm zurückgehalten hat.“

**Unsere wichtigsten Forderungen sind daher:** Keine weiteren Absenkungen der jährlichen Personalmittel über die Fluktuationsrate. Der Grund: Sie widersprechen der Systematik der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und gehen von falschen Basiszahlen aus (Ist-Zahlen statt Zuweisung). Außerdem überträgt der Senat ständig neue Aufgaben (vgl. Umweltzone, Raucherschutz) an

die Bezirke, ohne dafür weitere Stellen zu ermöglichen oder gar zu bezahlen. Zusätzlich kommt in wenigen Jahren eine Pensionierungswelle auf die Verwaltung zu. Ohne kontinuierliche Einstellungen werden wir sonst ein Desaster im Personalbereich erleben... Wenn aus Haushaltskonsolidierungsgründen Einsparungen nötig sind, ist in den nächsten Jahren die Hauptverwaltung gefordert um die Vorleistung der Bezirke auszugleichen.

Wir fordern ..., dass Senat und Finanzverwaltung aufhören, in die bezirklichen Globalhaushalte und Zuständigkeiten einzugreifen. Nur so lässt sich verhindern, dass die Bezirke handlungsunfähig und langfristig überflüssig werden... So haben die Bezirke zwischen 1998 bis 2005 28,1 Prozent ihrer Stellen abgebaut. Die Hauptverwaltung schaffte im gleichen Zeitraum nur magere 11,6 Prozent... Wer will, dass die Bezirke auch in Zukunft eine funktionierende und bürger-nahe Infrastruktur beispielsweise im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich erfüllen können, muss auch die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen schaffen.“

# Ende der Fahnenstange erreicht

## Dramatische Finanzlage des Bezirks führt zu Deckungslücke von 8 Millionen Euro

Ein Unternehmen würde Konkurs anmelden. Oder seine Muttergesellschaft verklagen. Beide Möglichkeiten hat Neukölln nicht. Denn Neukölln ist kein Unternehmen, sondern ein Bezirk. Doch die Lage ist dramatisch: Die Deckungslücke im Haushalt beläuft sich auf über 8 Millionen Euro - zum ersten Mal legt Neukölln damit keinen ausgeglichenen Haushalt vor. Im Vergleich zu „normalen“ Kommunen fehlen Berliner Bezirken wichtige Haushaltsrechte: Sie dürfen keine Steuern oder Abgaben erheben, keine Schulden machen. Zu deutsch: Sie sind so gut wie vollständig von den Zuweisungen und Regelungen des Senats abhängig. Und der hat schon in den letzten Jahren die Mittel drastisch gekürzt. Bisher hat Neukölln dies durch Spar-, und Rationalisierungsmaßnahmen kompensieren können. Dabei waren auch viele Maßnahmen, die richtig wehgetan haben: beispielsweise die Abschaffung des Bücherbusses.

Auch in den kommenden Jahren muss Neukölln drastisch weiter sparen: 2008 stehen dem Bezirk 22 Millionen weniger zur Verfügung als 2006 - eine Summe die sich nicht mehr guten Gewissens einsparen lässt. So hat der Senat beispielsweise die „Hilfen zur Erziehung“ pauschal um 10 Prozent bei

den ambulanten und um 20 Prozent bei den stationären Unterbringungen gekürzt - das sind gesetzliche Pflichtleistungen zum Schutz von Kindern. Seit Jahresanfang stieg die Zahl der Kinderschutzmeldungen um ein Viertel, ein positives Ergebnis der verstärkten Medienberichterstattung. Doch der Senat kürzt gerade hier die Zuweisungen für Neukölln um 5,1 Millionen Euro, wohl gemerkt: Zu diesen Leistungen ist Neukölln gesetzlich verpflichtet! Einsparungen müssten also an anderer Stelle erfolgen, und das ist nicht mehr zu verantworten. So kann das Jugendamt Neukölln für seine gesamte Jugendsozialarbeit und alle Jugendfreizeiteinrichtungen zusammen knapp 5,9 Millionen Euro ausgeben. Dies sind die „freiwilligen“ Leistungen im Bereich Jugend in Neukölln. Jeder kann sich vermutlich ohne große Phantasieanstrengung vorstellen, wie eine Jugendarbeit in Neukölln aussehen würde, wenn hier 5,1 Millionen Euro eingespart werden müssten. Sparen lässt sich nicht bei Pflichtleistungen, sondern nur im präventiven Bereich und bei „freiwilligen“ Leistungen, also bei Jugendeinrichtungen, Streetworkern, der Stadtbibliothek, bei Spielplätzen oder der Pflege der Grünflächen. Zum Vergleich: Eine einzige

Heimunterbringung kostet soviel wie ein Streetworker!

Trotzdem versucht der Bezirk, mit den bescheidenen verbleibenden Mitteln politische Schwerpunkte im Integrations-, Jugend- und Bildungsbereich zu setzen: 200.000 Euro für das erfolgreiche Projekt „Stadtteilmütter“, 75.000 Euro für eine neue Schulstation, 325.000 Euro um eine neuerliche Warteliste bei der Musikschule zu verhindern und 1,8 Millionen für neue Klassenräume im Neuköllner Norden. Denn hier steigen entgegen dem Gesamtberliner Trend die Schülerzahlen noch weiter an - was den rot-roten Senat aber nicht interessiert. Sollten die vorgesehenen Kürzungen nicht zurückgenommen werden oder gar in den kommenden Jahren die Finanzzuweisungen weiter gekürzt werden, werden die sozialen wie ökonomischen Folgekosten dramatisch sein. Deshalb: Schon die aktuellen, aber auch weitere Kürzungen sind nicht zu verantworten. Das Ende der Fahnenstange ist endgültig erreicht!

Jochen Biedermann



Unter einem Haushalt versteht man die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben von öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Kommune, Land oder Bund, hier des Bezirks Neukölln.

**Bahnagentur Schöneberg**

**Reisetreff**



Bahnfahrkarten europaweit  
Beratung und Verkauf gebührenfrei  
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen  
Bahnspezialist für Frankreich  
Reisetreff mit Sitzecke, Reiseliteratur und Landkarten  
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS  
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail

Crellestraße 7 10827 Berlin 030 76768398

[www.bahnagentur-schoeneberg.de](http://www.bahnagentur-schoeneberg.de)

**Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel**

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern \_\_\_\_\_ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

**Ich möchte Mitglied werden**

Vorname, Name Straße Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440629, 12006 Berlin



## Unter der Lupe

### Vorsicht, Einflussnahme!!

Die Diskussion um Kopftuch tragende Lehrerinnen ist kaum zu Ende gegangen, da erhält diese Art der Gegenwartsbewältigung neuen Stoff. Eine Düsseldorfer Lehrerin, eine deutschstämmige Türkin, hatte sich der staatlichen Forderung nach Beachtung des Neutralitätsgebotes gebeugt und ihr Kopftuch, welches sie bis dahin stets trug, abgelegt. Aber nicht einfach nur so, sondern hatte sich stattdessen eine Baskenmütze zur Kopfbedeckung zugelegt. Die gefiel dem Arbeitgeber – der öffentlichen Schulverwaltung – nicht und dieser mahnte die Baskenmützentragerin ab. Dagegen klagte die muslimische Pädagogin. Das Düsseldorfer Arbeitsgericht – zur Erinnerung, die Geschichte spielt in Deutschland – wies die Klage ab. Begründung: Der Gesetzgeber hätte das Recht, „das äußere Auftreten von Lehrern zu regeln“.

Die vorsitzende Richterin mutmaßte, dass die inkriminierte Baskenmütze auf die Schülerinnen und Schüler wie ein religiöses Symbol wirken würde. Der Vertreter der beklagten Düsseldorfer Bezirksregierung setzte noch eins drauf: Man solle sich doch auf eine Echthaarperücke einigen. Dies lehnte die renitente Klägerin mit der Bemerkung ab, sie sehe keinen Unterschied zwischen einer Echthaarperücke und einer Baskenmütze...

Die befragte und zuständige Landesministerin für das Schulwesen, Barbara Sommer, CDU, fand das Urteil richtig und ganz auf „ihrer Linie“. Schließlich müssten Kinder und Jugendliche vor „Einflussnahme“ geschützt werden...

Wer schützt eigentlich unsere Kinder, und wer schützt uns vor der Einflussnahme durch solche Richter und Minister?

Jürgen Biele



# Des Stachels bunte Seite

## Perlen der Gartenkultur Erholungsrouten durch das grüne Neukölln

„Garten, Mensch, Natur und Umwelt miteinander in Einklang zu bringen und deutlich zu machen, wie wichtig Gärten und Parks für die Lebensqualität der Menschen sind“, dieses Ziel hat sich die Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 e.V. gesetzt und kreierte den Gartenkulturpfad. Nun haben das Kulturnetzwerk Neukölln e.V. und der Förderverein der August-Heyn-Gartenarbeitsschule Neukölln e.V. diese Idee für Neukölln aufgegriffen, um die unzähligen gärtnerischen Kleinode des Bezirks vorzustellen.

Bei den Vorbereitungen für den Gartenkulturpfad Neukölln wurde schnell klar, dass es nicht den einen Gartenkulturpfad für Neukölln geben kann. Denn viel zu groß ist der Bezirk mit seinen immerhin rund 2.000 Hektar Grünflächen. Und so wurden fünf Rundgänge durch das grüne Neukölln entwickelt, aufgeteilt nach den Neuköllner Stadtgebieten.

Neben der überaus lebendigen Kunst- und Kulturszene Neuköllns wird damit auch einmal mehr die Bedeutung des Bezirks in gartenkultureller Hinsicht herausgestellt. Und dies für Neukölln-Besucher und „Einheimische“. Der innerstädtische Comeniusgarten, der Körnerpark, das Rudower Fließ, die Britzer Pfuhle – das sind Juwelen, die entdeckt werden wollen.

In Anwesenheit der Präsidentin der Gartenbaugesellschaft, Gräfin Sonja Bernadotte von der Bodenseeeinsel Mainau, wurde das Projekt Gartenkulturpfad Neukölln aus der Taufe gehoben. Das Kulturnetzwerk Neukölln e.V. hat es in Zusammenarbeit mit dem Förderverein der August-Heyn-Gartenarbeitsschule Neukölln e.V. und dem Bezirksamt Neukölln realisiert. Die fünf Routen des Gartenkulturpfades mit einer Länge zwischen 5 und

ne Perlen des Bezirks werden in einer 62 Seiten umfassenden Broschüre des Neuköllner Kulturnetzwerkes dargestellt, mit vielen historischen Daten, naturkundlichen Hinweisen und kulturgeschichtlichen Informationen. Dazu heißt es in einem Grußwort des



Der Körnerpark mit seinen Kaskaden, im Hintergrund die Orangerie, ausgezeichnet mit der Denkmalschutzplakette des Landes Berlin.

Fotos: jüb



Gräfin Bernadotte und Bezirksstadtrat Blesing eröffnen den Gartenkulturpfad Neukölln im Ausbildungszentrum des Naturschutz- und Grünflächenamtes Neukölln

12 Kilometern führen durch unterschiedliche Grünbereiche des Bezirks, entsprechend dem Charakter der jeweiligen Kieze: Das großstädtisch verdichtete Nordneukölln, die dörflichen Strukturen des historischen Rixdorf, die reformerischen Städte- und Gartenbautopien der 20er Jahre um die Hufeisensiedlung und die naturnahen Regionen am südlichen Stadtrand. Bekannte und weniger bekannte grü-

Bezirksamtes: „Städtisches Grün gewinnt unter ökonomischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten immer mehr an Bedeutung. In einem grünen Umfeld zu wohnen ist Ausdruck von Lebensqualität...“ Schade nur, dass die finanziellen Mittel für diese Lebensqualität – auch im Bezirkshaushalt Neuköllns – von Jahr zu Jahr geringer werden!

jüb

## Erster Barfuss-Pfad mit Bahnanschluss

Regelmäßiges Gehen im Alltag und in der Freizeit steigert das Wohlbefinden, hält oder macht gesund und ist gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung negativer Klimaveränderungen. Wandern und Spaziergehen liegen in Deutschland seit vielen Jahren als Freizeitbeschäftigungen an erster Stelle. Neuerdings erfreuen sich auch Barfusspfade regen Zuspruches. Sich barfuss zu bewegen, trainiert den ganzen Körper und beugt damit den meisten Zivilisationskrankheiten vor. Die Stadt Gransee und der FUSS e.V. haben nun den gemeinsam erstellten und etwa 750 Meter langen Barfusspfad Dannenwalde eröffnet. Das Besondere: Es ist der erste mit einem eigenen Bahnanschluss. Hier wurde ein bisher brachliegendes Gelände zu einem landschaftlich ansprechenden Barfuss-Schnupperkurs umgestaltet. Informationen über von hier erreichbare Fuß- und Radwege gibt es gratis. Zudem sollen die Barfuss-Geher



Foto: Herzog-Schlagk

angeregt werden, über die Waldböden nachzudenken, über ihre Füße und ihre Gesundheit. Nicht zuletzt wird zum Reisen mit der Bahn ermuntert und dafür hat die Deutsche Bahn DB-Netz ein etwa vier Meter langes Gleisstück verlegt, ebenfalls zum barfuss Betreten und Balancieren. Der Barfusspfad Dannenwalde ist der

Eingangsbereich zu den beiden Naturparks Uckermärkische Seen und Stechlin Ruppiner Land. Direkt an der B96 und mit der Bahn in weniger als einer Stunde vom Hauptbahnhof Berlin entfernt, soll er zu einem Highlight für den nachhaltigen Tourismus kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Fuss e.V.

## Treffer!!

Zur Forderung der CDU nach einer umfassenden Versorgung von Studenten in Neukölln erklärte der bündnisgrüne Bezirksverordnete Bernd Szczepanski: „Mich hat immer gestört, dass dieser Bezirk durch die lange Dominanz der CDU intelligenzmässig doch sehr runtergekommen ist.“ Also her mit den Studenten!

Der für die Neuköllner Grünflächen zuständige Stadtrat Thomas Blesing (SPD) zur Frage einer neuen Pflegeintensität der Grünanlagen bei Fremdvergabe: „Die Vegetationsflächen werden nach Pflege Gesichtspunkten vereinfacht.“ Pflegeotstand!

## Damals war's ...



### ... vor 25 Jahren:

Im August 1982 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste, zu lesen:

#### Autogerechte Stadt oder Vorrang für den Menschen?

Die Autobahnplanung in unserer Stadt ist Ausdruck der Vorstellungen, die die etablierten Parteien vom Fortschritt haben: **Schneller! Größer! Mehr! Freie Fahrt für freie Bürger!** Demgegenüber muß deutlich gemacht werden, dass sich echte Lebensqualität anders ausdrückt als im Geschwindigkeitsrausch. Die vielleicht altmodischen Funktionen der Stadt wie Wohnen, Spielen, Erholung usw. müssen gegen die Fortschrittsapostel von SPD und CDU verteidigt werden, ehe sie unsere Stadt so autogerecht gemacht haben, daß sie für Menschen keinen Lebensraum mehr bietet. Eine Politik, die das Auto zum Maß aller Dinge macht, ist eine Politik für eine Minderheit und richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Denn Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Hausfrauen – ja sogar Autofahrer zu bestimmten Zeiten – brauchen Straßenräume in erster Linie als Fußgänger, und daran darf eine verantwortliche Politik nicht vorbeigehen...

Niemand ist so töricht, das Auto als solches zu verdammen, aber der Mensch muß Vorrang behalten, wenn wir uns nicht unseren Lebensraum selbst zerstören wollen.

Viel hat sich in den letzten Jahren ja nicht verändert. Immer noch plant und baut man an stadtzerstörenden Autobahntrassen: Aktuell, von Neukölln nach Treptow! Wie war das noch mit der Finanzsituation Berlins?

## Der letzte Punkt

Jamaika, oder was!

Die Begeisterung der Berlinerinnen und Berliner für schwarz-grün-gelb hält sich zur Zeit noch in Grenzen. Rot-rot hat noch die Nase vorn. Das hindert aber Friedbert Pflüger, CDU-Chef im Abgeordnetenhaus, nicht, schon mal bei den Grünen für Jamaika zu werben. Man will auf die Grünen zugehen, heißt es. Die Grünen ihrerseits gehen und halten sich eher zurück. Wer weiß, wie lange noch...

